

# 12,5 Millionen arme Menschen in der BRD

## Quote stagniert auf hohem Niveau. »Problemregion Nummer eins« ist das Ruhrgebiet

---

Die Armut in der BRD ist anhaltend hoch. Angesichts des Wirtschaftsbooms und der Rekordeinnahmen sei das eine Schande, erklärte Linke-Vorsitzende Katja Kipping am Dienstag. Betroffen sind laut dem am Dienstag präsentierten Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands 12,5 Millionen Menschen. Das größte Risiko, finanziell ausgegrenzt zu werden, tragen Erwerbslose, Alleinerziehende, Kinderreiche und Rentner. Der Verband legte seinen Bericht erstmals gemeinsam mit weiteren Sozialverbänden vor.

Nach den jüngsten Zahlen sank der Anteil der Armen um nur 0,1 Prozentpunkte auf 15,4 Prozent im Jahr 2014. Die Quote gibt an, wer in Haushalten mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens lebt. Bei Singles liegt diese Schwelle etwa bei 917 Euro, bei Paaren mit zwei Kindern bei 1.926 Euro. In Bayern stieg die Armutsquote von 11,3 auf 11,5 Prozent, in Nordrhein-Westfalen sogar von 17,1 auf 17,5 Prozent. Das Ruhrgebiet sei die »Problemregion Nummer eins«, sagte der Geschäftsführer des Verbands, Ulrich Schneider. »Jeder fünfte Einwohner dieses größten Ballungsraums muss mittlerweile zu den Armen gezählt werden.« Bei Rentnern sei die Armut seit 2005 etwa zehnmal so stark angewachsen wie beim Rest der Bevölkerung.

Laut Deutschem Kinderhilfswerk sind 19 Prozent der Kinder und Jugendlichen arm. Präsident Thomas Krüger forderte einen Aktionsplan gegen Kinderarmut. Schneider trat für eine Erhöhung der Renten, der Grundsicherung, für mehr Bildung und steuerliche Umverteilung ein. Rund 335.000 Menschen sind laut Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe ohne Wohnung – »so viele wie seit über zehn Jahren nicht mehr«, sagte die stellvertretende Geschäftsführerin Werena Rosenke. Die Kluft beim Einkommen ist laut der Sozialexpertin der Hans-Böckler-

Stiftung, Dorothee Spannagel, größer geworden, und zwar seit Ende der 90er Jahre mit einer Unterbrechung 2006 bis 2010. Hauptursache sei, dass es Lohnzuwächse vor allem bei den höheren Gehältern gegeben habe. Der Niedriglohnbereich sei davon weitgehend abgekoppelt. (dpa/jW)

---

<http://www.jungewelt.de/2016/02-24/045.php>